



umwelt dachverband

Strozzigasse 10/7-9  
1080 Wien  
Tel. +43(0)1/40 113  
Fax +43(0)1/40 113-50  
office@umweltdachverband.at  
www.umweltdachverband.at

An die Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

per E-Mail: [david-vo@e-control.at](mailto:david-vo@e-control.at)

Wien, 10. Juli 2012

**Betreff: Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf Datenformat- und  
VerbrauchsinformationsdarstellungsVO 2012 - DAVID-VO 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken für die Gelegenheit, zum o. a. Entwurf Stellung nehmen zu können. Im Anhang finden Sie die Stellungnahme des Umweltdachverbandes und der Plattform Mobilfunk-Initiativen zum Begutachtungsentwurf der Datenformat- und VerbrauchsinformationsdarstellungsVO 2012 - DAVID-VO 2012.

Mit Bitte um Kenntnisnahme verbleibe ich  
mit freundlichen Grüßen

Mag. Michael Proschek-Hauptmann e.h.  
Geschäftsführer

Beilage:

- Stellungnahme



## Stellungnahme des Umweltdachverbandes und der Plattform Mobilfunk-Initiativen zum Begutachtungsentwurf der Datenformat- und VerbrauchsinformationsdarstellungsVO 2012 - DAVID-VO 2012

10. Juli 2012

Der Umweltdachverband weist darauf hin, dass der Sinn und Zweck der Einführung von Smart-Meter im Zuge eines Smart-Grid, nämlich die Verbesserung der Informations-Situation für VerbraucherInnen und die resultierende Hebung von Energieeffizienz-Potenzialen auch im Zentrum der DAVID-VO zu stehen hat. Das Ergebnis darf nicht darin liegen, dass die Einführung der Smart-Meter ein von den VerbraucherInnen finanziertes Marktforschungs-Tool der Energieversorger wird – Stichwort DataMining. Entsprechende Warnungen gibt es auch vom europäischen Datenschutzbeauftragten, Peter Hustinx. Die durch die digitalen Stromzähler stattfindende massive Sammlung von personenbezogenen Daten muss mit entsprechenden datenschutzrechtlichen Schutzmechanismen verbunden sein.

Aus Sicht des UWD sind folgende Überlegungen zu berücksichtigen: Wenn im 15-Minuten-Takt verbrauchsbezogene und damit indirekt personenbezogene Daten gemessen und aufgezeichnet werden,

- ist die Frage der Form der Auswertung der Messwerte zu klären,
- muss sichergestellt werden, dass dieses Datenmaterial nicht an Dritte vermarktet wird,
- ist sicherzustellen, dass der, durch die wiederholten Datenübertragungen und potenziellen Internet-Abfragen, neue, zusätzliche Stromverbrauch geringer ist, als die dank smart-meter erzielte Stromverbrauchs-Reduktion. Der durch die digitalen Stromzähler generierte neue Verbrauch darf die erzielte Reduktion nicht annullieren. Andernfalls läuft die Einführung der Smart-Meter dem Energieeffizienz- und Energieeinsparungs-Argument für die digitalen Stromzähler zuwider.

Aus Datenschutzgründen erachten wir es als unerlässlich, dass die 15-Minuten-Takt-Abfragen, zumal diese mit der Anzahl der Personen im Haushalt und m<sup>2</sup>-Wohnfläche abgefragt werden sollen (zu Z 4 lit. c), ebenso wie die Verarbeitung dieser Daten ausnahmslos nur mit der ausdrücklichen aktiven Zustimmung der Betroffenen erfolgen dürfen, und die gesetzliche Basis für die nun vorliegende Verordnung aus unserer Sicht diesbezüglich zu ändern ist.

D.h., der Lieferant muss die KundInnen davon überzeugen, ihm freiwillig ihre Verbrauchsdaten (bis auf Widerruf) zur Verfügung zu stellen und die KundInnen müssen dieser Sammlung ihrer Daten (bis auf jederzeitigen Widerruf ohne Angabe von Gründen) aktiv zustimmen.

Wir erachten es als selbstverständlich, dass die NutzerInnen vor einer Zustimmung zur Sammlung ihrer Verbrauchsdaten von einer neutralen Stelle, wie z.B. dem Verein für Konsumenteninformation, über die Rechtsfolgen informiert werden und eine einmal erteilte Zustimmung jederzeit ohne Angabe von Gründen wieder widerrufen werden kann.

Obzwar derzeit nicht der Fall, ist im Gesetz bzw. in der Verordnung genau festzuhalten, welche Daten von wem zu schützen sind (§ 3 Z 3 DAVID VO).

Für jeglichen Missbrauch sind tatsächlich abschreckende Strafen, bis hin z.B. zum Entzug der Gewerbeberechtigung, vorzusehen.

Auch wenn der Umweltdachverband sich grundsätzlich für Energieeffizienz, mehr Verbrauchsbewusstsein und vor allem Verbrauchseinsparungen ausspricht, halten wir es, insbesondere aufgrund des immensen Eingriffes in die Privatsphäre, aber auch wegen der vielen Datenpannen, von denen immer wieder in den Medien zu lesen ist, für unerlässlich, dass der Rollout des digitalen Zählers auf freiwilliger Basis und nicht als Zwangsmaßnahme erfolgt, d. h. dass alle KonsumentInnen frei wählen können, ob sie einen digitalen Stromzähler oder den Verbleib beim bisherigen Stromzähler wünschen, zumal

- die aufgrund des Wechsels auf digitale Stromzähler zu erzielenden möglichen Energie-Einsparpotenziale sehr kontroversiell diskutiert werden,
- nicht nur eine bessere Information aus digitalen Zählern, sondern insbesondere der Faktor Kosten ein effektives Steuerungsinstrument für Konsumverhalten ist.
- ohne Bereitschaft der VerbraucherInnen zu einer Veränderung ihres Verbrauchsverhaltens keine Verbrauchsreduktion möglich sein wird, und auch bereits mit den bisherigen Zählern sowie mit einfachen und kostengünstigen Mitteln der Stromverbrauch einzelner Geräte ermittelt werden kann und somit „energiebewusstes“ Entscheiden möglich ist,
- die IARC/WHO bereits im Mai 2011 hochfrequente elektromagnetische Felder als mögliches menschliches Karzinogen Stufe 2 B eingestuft hat und es daher unzulässig ist, VerbraucherInnen zu zwingen, einen RF-EMF-emittierenden digitalen Stromzähler in ihren Gebäuden installieren zu müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerhard Heilingbrunner e.h.  
Präsident

Mag. Michael Proschek-Hauptmann e.h.  
Geschäftsführer